Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

193 (19.8.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 193 — **Freitag, den 19. August 1932** — **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Der Reichstag ist auf den verfassungsmäßigen Termin, den 30. August, einberufen worden.

*

In einem Interview äußert sich Reichskanzler von Papen optimistisch über die Zukunftsaussichten seines Kabinetts. „Wir werden lange im Amte bleiben", war seine Ansicht.

*

Das Ausland hält sich bei dem Reichskanzler-Interview hauptsächlich über die Ansichten des Kanzlers in der Abrüstungs- und Sicherheitsfrage auf.

*

Der Reichskommissar für Preisüberwachung wird eine genaue Nachprüfung der Kleinhandelspreise für Fleisch vornehmen.

*

Die preußische Staatsregierung beabsichtigt die Bestellung von Staatskommissaren für säumige Gemeinden. Davon soll aber nur in Einzelfällen Gebrauch gemacht werden.

*

Professor Piccard hat am Donnerstag seinen zweiten Stratosphärenflug durchgeführt. Die Landung erfolgte um 17 Uhr bei Verona (Oberitalien).

*

In Berlin wird am Freitag die 9. große deutsche Funkausstellung eröffnet.

Das Reichskanzler-Interview

„Wir werden lange im Amte sein" — Achtung der Verfassung

London, 18. Aug Der Berliner Reutervertreter berichtet über ein Interview, das ihm Reichskanzler von Papen gewährt hat. Auf die Frage des Reutervertreters, ob der Kanzler glaube, daß seine Regierung kommende Weihnachten noch im Amte sei, antwortete der Kanzler: **„Wir werden lange Zeit im Amte sein."** Weiter erklärte Reichskanzler von Papen, es sei nicht die Rede davon, daß seine Regierung dem Reichstag aus dem Wege gehen wolle. Wie der Reutervertreter erklärt, schien der Kanzler von der Zuversicht erfüllt, daß ein Appell an den gesunden Menschenverstand der Parteien nicht ohne Erfolg bleiben könne, da auch die Parteien sich darüber klar sein müßten, daß es keine Regierung gebe, die an die Stelle der gegenwärtigen treten könne. Sollte jedoch **ein Mißtrauensvotum zur Annahme gelangen, so würde die Regierung nach Maßgabe der dann geschaffenen Situation handeln, wobei sie in jeder Beziehung die Absicht habe, die Verfassung zu achten.**

Der Reutervertreter wies dann darauf hin, daß **Hitler** entschieden bestreite, in seiner Unterredung mit dem Reichskanzler die volle Staatsgewalt verlangt zu haben, und bat Herrn von Papen um eine Aeußerung zu diesem Dementi. Der Kanzler erklärte, daß es in dieser Hinsicht gar keinen Zweifel geben könne. Der Führer der NSDAP. **habe zugegeben, daß er während der vergangenen zwei Monate mit seinen ungeduldigen Anhängern einen schweren Stand gehabt habe, und habe erklärt, er könne einen Anteil an der Regierungsgewalt nicht annehmen, sondern müsse sie in ihrer Gesamtheit verlangen.** Er könne nur für eine Regierung kämpfen, die sich ganz und gar mit seiner Bewegung identifizere.

Auf die Frage des Reutervertreters, ob Deutschland aus dem Völkerbund austreten würde, wenn seine Ansprüche auf Gleichberechtigung hinsichtlich der **Abrüstung** keine Berücksichtigung finden, begnügte sich der Kanzler damit, zu unterstreichen, daß die Frage der Gleichberechtigung auf dem Abrüstungsgebiet für Deutschland eine wichtige Lebensfrage sei. Falls Deutschland die Gleichheit auf dem Gebiete der Sicherheit länger verweigert werde, werde die Reichsregierung die notwendigen Maßnahmen in dem Sinne ergreifen, wie es bereits von General von Schleicher umrissen worden sei. „Deutschland hat weder den Wunsch noch die Absicht, zu rüsten", führte Reichskanzler von Papen dazu aus, „aber es will, daß die anderen Nationen ihr Versprechen, abzurüsten, auch halten."

Weiter bemerkte der Kanzler, daß Deutschland seine Bestrebungen, **seinen früheren deutschen Kolonialbesitz zurückzuerhalten, noch nicht aufgegeben habe.** Indessen seien noch keine diplomatischen Verhandlungen über diese Angelegenheiten eingeleitet worden.

Nachdem der Reuterkorrespondent dann noch einmal als seinen Eindruck hervorgehoben hat, daß Herr von Papen hinsichtlich der Zukunft seines Kabinetts **durchaus zuversichtlich sei,** berichtet er weiter: Der Kanzler gab der Hoffnung Ausdruck, es sei wohl nicht zu befürchten, daß die NSDAP., um ihre Ziele zu erreichen, sich zu illegalen Schritten hinreißen lassen werde. Er habe von Adolf Hitler die Zusicherung in diesem Sinne erhalten und habe keinen Anlaß, Hitler nicht zu glauben. **Auf alle Fälle werde die Regierung nicht zaudern, jede Revolte gegen ihre Autorität auf der Stelle mit Waffengewalt zu unterdrücken.** „Wie die Dinge liegen", erklärte der Kanzler weiter, „steht das deutsche Volk jetzt wieder geschlossener denn je hinter seinem obersten Führer, dem Generalfeldmarschall von Hindenburg, und ist voll Vertrauen in seine weise Führung."

*

Starker Widerhall in England

London, 18. Aug Die Unterredungn des Reichskanzlers von Papen mit dem Berliner Korrespondenten des Reuterbüros wird in der Presse viel beachtet. Der diplomatische Korrespondent des **„Daily Telegraph"** schreibt, außer der mandschurischen Frage bereite das Problem der **deutschen Forderung nach Gleichberechtigung auf dem Abrüstungsgebiet ernste Sorge.** Beide Fragen würden augenblicklich äußerst sorgfältig erwogen. Man sei der Ansicht, daß es unmöglich sei, eine Macht ersten Ranges für unbegrenzte Zeit in einer untergeordneten Stellung zu halten. Aber ein Anspruch auf Gleichheit in Rüstungen zu Lande könne einen solchen auf Gleichheit in Flotten- und Luftrüstungen nach sich ziehen; er könne sogar die entsprechenden Forderungen auf politischem Gebiet führen. „Daily Telegraph" hebt besonders die deutsche Forderung nach **Gleichheit auf dem Gebiete der Sicherheit** hervor. Diese Forderung erhält besondere Bedeutung durch einen im „Daily Telegraph" veröffentlichten Bericht über die **französische Unterwasser-Armada,** die „mächtigste" der Welt. In diesem Bericht heißt es, Frankreich besitzt dreimal so viel Unterseeboote wie Großbritannien. Insgesamt werden 25 neue Unterseeboote innerhalb eines Jahres zu dieser Unterseebootsflottille hinzukommen. Seit einigen Jahren steht **Italien,** so heißt es in dem Artikel des „Daily Telegraph" weiter, im Wettbau von Unterseebooten an zweiter Stelle.

Reichseinnahmen und -Ausgaben im Juni 1932

Berlin, 18. Aug Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums betrugen im Juni 1932 (Millionen Reichsmark) im ordentlichen Haushalt die **Einnahmen** 635,0 (Mai 631,3) und die **Ausgaben** 590,5 (781,3); mithin ist für Juni eine Mehreinnahme von 44,5 (Mai: Mehrausgabe von 100,0) zu verzeichnen. Da die Einnahmen in den Monaten April 1932 bis Juni 1932 1895,9 (April und Mai 1260,9) und die Ausgaben in dem gleichen Zeitraum 1812,7 (1222,2) betragen haben, ergibt sich für Ende Juni eine Mehreinnahme von 83,2.

Das **Gesamtdefizit** beider Haushalte einschließlich der aus dem Vorjahre übernommenen Fehlbeträge errechnet sich auf 1293,0.

Der Stand der **Reichsschuld** war am 30. Juni 1932 10 637,2; davon lauteten 7957,3 auf Reichsmark und 2680,6 auf fremde Währung.

Der Reichstag auf 30. August einberufen

Berlin, 18. Aug. Wie das Nachrichtenbüro des VdZ. meldet, hat der Reichstagspräsident Löbe nach einer am Dienstag mit dem Reichskanzler gehabten Rücksprache den neuen Reichstag auf **Dienstag, 30. August, nachmittags 3 Uhr,** zu einer ersten Sitzung einberufen. Eine Tagesordnung kommt für diese erste Sitzung nicht in Frage, weil sie lediglich der Konstitution des neuen Parlaments gewidmet ist. Die Sitzung wird von der **Alterspräsidenten Abg. Frau Zetkin** (Kom.) eröffnet werden, worauf das Haus an sich die Präsidentenwahlen durchzuführen hat.

Verfahrensvorschriften für den freiwilligen Arbeitsdienst

Berlin, 18. Aug Vom Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst sind unter dem 11. und 16. dieses Monats die **Bestimmungen** über die von den Trägern der Arbeit und des Dienstes zu beobachtenden **Verfahrensvorschriften** erlassen worden. Als Träger des Dienstes werden vom Reichskommissar solche Verbände als besonders geeignet bezeichnet, die durch Gemeinschaftsideen, welche außerhalb des freiwilligen Arbeitsdienstes liegen, ihre Mitglieder zusammenfassen und in der Lage sind, für die Maßnahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes einen bestimmten Stamm von Arbeitsdienstwilligen zu stellen.

Zum Arbeitsdienst können grundsätzlich nur Arbeitsdienstwillige bis zu 25 Jahren zugelassen werden. Eine Ausnahme ist vom Reichskommissar nur für die Führerausbildung und Verwendung in dem erforderlichen Umfange zugelassen worden.

Als **Meldestellen** für Arbeitsdienstwillige, die sich nach den neuen Bestimmungen bekanntlich nicht lediglich auf Unterstützungsempfänger beschränken, sind in allen Fällen die **Arbeitsämter bestimmt worden.** Die Arbeitsämter sind angewiesen worden, Wünschen von Arbeitsdienstwilligen, zu besonderen Maßnahmen zugelassen zu werden, möglichst zu entsprechen.

Nachprüfung der Kleinhandelspreise für Fleisch

Berlin, 18. Aug Der Reichskommissar für Preisüberwachung und das preußische Finanzministerium teilen mit: Der Reichskommissar für Preisüberwachung sind zahlreiche Klagen darüber zugegangen, daß im Kleinhandel mit Fleisch in den letzten Wochen zwar nicht überall, aber doch vielfach **Preiserhöhungen vorgenommen worden seien,** die in keinem Verhältnis zu den durch die Einführung der Schlachtsteuer und das Anziehen der Viehpreise entstandenen Mehrkosten stehen. Mit Rücksicht hierauf wird der Reichskommissar für Preisüberwachung eine **genaue Nachprüfung der Kleinhandelsspanne für Fleisch vornehmen.**

Die Hebungsarbeiten an der „Niobe"

Kiel, 18. Aug. Die Nachrichtenabteilung der Marinestation teilt mit: Die Hebung der „Niobe" ist so weit fortgeschritten, daß der Schiffskörper nur noch **zwei Meter unter Wasser** liegt. Da der weiche Boden beim Absetzen des Schiffes aber noch immer nachgibt, ist es notwendig, **den Schiffskörper noch weiter an Land zu bringen.** Der Zeitpunkt der Aufrichtung des Wracks und der Bergung der Leichen ist daher noch nicht zu übersehen. Es ist übrigens damit zu rechnen, daß einige der an Bord befindlichen Toten während des Transports vom Fehmarn-Belt nach dem Kieler Hafen durch den starken Wasserdruck außenbord getrieben worden sind.

Die Bergungsarbeiten am „Niobe"-Wrack

Das Wrack des gesunkenen Segelschulschiffes „Niobe" wurde von zwei Bergungsdampfern von der Unglücksstelle in den Kieler Hafen abgeschleppt, wo die Bergungsarbeiten fortgesetzt wurden. Unser Bild zeigt wie das erste Rettungsboot von dem Unglücksschiff herausgehoben wird.

Waffenausgabe durch den früheren Berliner Polizeipräsidenten

München, 18. Aug. Wie dem „Völkischen Beobachter" gemeldet wird, soll der zur Zeit in Urlaub befindliche **Regierungsdirektor Goehrke** aus dem Berliner Polizeipräsidium im März d. J. folgende Waffen ausgegeben haben: An den Deutschen Metallarbeiterverband Berlin 70 Pistolen und 3500 Schuß Munition, an die Konsumgenossenschaften Berlin und Umgebung 90 Pistolen und 5000 Schuß Munition, an die Verlagsgesellschaft des ADGB. Berlin 40 Pistolen und 1000 Schuß Munition. Die Ausfolgung der Waffen soll **mit Genehmigung des damaligen Polizeipräsidenten Grzesinski** erfolgt sein.

Der Polizeipräsident in Berlin teilt hierzu folgendes mit: Waffenerwerbsscheine und Waffenlagergenehmigungen, die von der früheren Leitung des Polizeipräsidiums — übrigens **ohne Beteiligung des Regierungsdirektors Goehrke** — an die genannten Verbände erteilt worden sind, sind bereits vor einiger Zeit **wieder zurückgenommen worden.** Die Waffen sind eingezogen worden.

„Schutz den Konsumgenossenschaften"

Ein Aufruf der freien Gewerkschaften

Berlin, 18 Aug Für die Unterstützung der Konsumgenossenschaften setzt sich ein Aufruf ein, den der ADGB., der Afabund und der Allg Deutsche Beamtenbund an die Gewerkschaftsmitglieder erlassen. In diesem Aufruf heißt es u a.:

Die Konsumgenossenschaften haben ein Recht auf den Schutz durch die Arbeiterschaft. Er ist um so notwendiger, als die Konsumgenossenschaften ihren Arbeitern und Mitgliedern vorbildliche und bahnbrechende soziale Einrichtungen zur Verfügung stellen.

Selbstverständlich hat die furchtbare Arbeitslosigkeit auf die Umsätze der Konsumgenossenschaften ähnliche nachteilige Wirkungen ausgeübt, wie auf die Umsätze des privaten Einzelhandels und der Warenhäuser. Darum muß die **Werbetätigkeit für die Konsumgenossenschaften gesteigert werden.**

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände, die mit den Konsumgenossenschaften freundlich verbunden sind, fordern alle Gewerkschaftsmitglieder auf, ihre Hauswirtschaften der organisierten Bedarfsdeckungswirtschaft einzugliedern und ihren Bedarf an Lebensmitteln, Haushaltungsgegenständen und Bekleidung nur in den Verteilungsstellen und Warenhäusern der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu decken. Jeder Gewerkschaftler muß Mitglied einer Konsumgenossenschaft sein.

Erfolgreiche Verhandlungen mit der Reichsbank

Freitag Kabinettssitzung.

T.U. **Berlin,** 18. Aug. Wie die Telegraphenunion erfährt, haben die Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsbankpräsidenten am Donnerstag soweit zu einer Annäherung der Standpunkte geführt, daß am Freitag eine entscheidende Kabinettssitzung über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung stattfinden kann. Bei den bisherigen Verhandlungen handelte es sich bekanntlich um eine Summe von 200 Millionen, die von der Reichsbank in Form von Wechseln diskontiert werden sollen. Ueber weitere 135 Millionen ist früher schon verfügt worden. Von Finanzierungsplänen der Reichsregierung über diese insgesamt 335 Millionen hinaus ist an zuständiger Stelle nichts bekannt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Europa kann zahlen

Amerika verlangt Zahlung der fälligen Kriegsschulden

Trübe Nachrichten kommen aus Washington. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat erklärt, daß sie die Zahlung der am 15. Dezember fälligen Kriegsschuldenraten erwarte. Die Regierung sei nicht in der Stimmung, weitere Anträge auf Zahlungsaufschub zu berücksichtigen. Sie lasse sich durch die große Stimmungsmache für eine Kriegsschuldenstreichung nicht beeinflussen.

Amerika besteht also auf seinem Schein. Die Ankündigung, daß erst die Reparationsfrage gelöst werden müßte, ehe das Kriegsschuldenproblem aufgerollt werden könnte, ist eine bloße Ankündigung geblieben. Die Regierung Hoover ist der Meinung, daß die europäischen Schuldner sehr wohl in der Lage seien, ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber Amerika nachzukommen. Die europäischen Schuldner teilen aber diese Ansicht nicht. Mehr noch: einige von ihnen, nämlich die bedeutendsten, haben die Vereinbarung getroffen, die ein gemeinsames Vorgehen bei den Vereinigten Staaten zwecks Kriegsschuldenstreichung vorsieht. Es handelt sich um England, Frankreich und Italien. Es ist ein offenes Geheimnis, daß diese Länder in Lausanne ein geheimes Gentleman-Agreement eingegangen sind, den Lausanner Vertrag nicht eher zu ratifizieren, als Amerika auf die Kriegsschulden verzichtet. Es ist daher durchaus möglich, daß der jetzige Schritt des amerikanischen Schatzamtes eine Gefährdung des Lausanner Abkommens bedeutet.

Das Vorgehen Washingtons hat in London, Paris und Rom viel böses Blut gemacht. Die Amerikaner sind bemüht, die Einheitsfront der europäischen Schuldner zu durchbrechen. Sie fügen zu der oben wiedergegebenen Erklärung hinzu, daß sie gewillt seien, mit jedem einzelnen Schuldner zu verhandeln. Dieses Manöver ist sehr durchsichtig. Eine solche „individuelle Behandlung" eines einzelnen europäischen Staates könnte nur auf Kosten der anderen vor sich gehen. Sie würde außerdem dazu führen, daß eine prinzipielle Lösung — und gerade eine solche wird von den europäischen Schuldnerstaaten erstrebt — ausbleibt und die bestehenden Kriegsschuldenverpflichtungen durch neue, wenn auch mildere, abgelöst werden. Die Hoffnung der europäischen Schuldnerstaaten, daß die Präsidentenneuwahlen einen Umschwung in Washington bringen werden, wird fehlgehen. Denn auch Hoovers Gegenkandidat, Roosevelt, ist kein Mann, der auf Kriegsschulden zu verzichten wagen würde, ohne einen Entrüstungssturm der amerikanischen Oeffentlichkeit zu ernten. Für die Zahlung der Dezemberraten hat die Präsidentenwahl auf jeden Fall keine praktische Bedeutung. Denn der jeweilige Präsident bleibt ja noch mehrere Monate am Ruder.

Der Kriegsschuldenkrieg ist durch die Erklärung des amerikanischen Schatzamtes in ein neues Stadium getreten. Amerika hat einen Positionssieg errungen. Die europäischen Schuldner sind in die Verteidigung gedrängt. Wann werden sie zu einem Gegenschlag ausholen?

Spanien nach dem Putsch

Aus Madrid wird uns geschrieben: Nun hat die spanische Republik ihren ersten Militärputsch hinter sich. Die Monarchisten haben die Kraftprobe nicht bestanden. Ihr Mißerfolg hat ihrer Sache erheblich geschadet, und es wird eine gute Weile dauern, ehe sie sich von der Schlappe erholen werden. Aber so weit vom Siege, wie man es vermuten könnte, waren sie nicht. Es hat nicht viel gefehlt, und sie hätten Madrid, Sevilla und einige andere Hauptpunkte des Landes erobert. Die Republik kann sich weder auf das Heer, noch auf die Gendarmerie ganz verlassen — das ist die Lehre des Putsches, wohl aber läßt sich leicht voraussagen, was nach einem militärischen Sieg der Monarchisten geschehen würde: ein Generalstreik von ungeahnter Schärfe hätte die Sieger in kurzer Frist zu Besiegten gemacht.

„Ende gut, alles gut", dieses geflügelte Wort gilt auch für die Spanier, deren seelisches Gleichgewicht sehr schnell wieder hergestellt wurde. Die Aufrührer sitzen im Madrider Militärgefängnis, die höchsten Gerichtsbehörden haben alle Hände voll zu tun, und die Regierung ist ihrerseits längst zur Tagesordnung übergegangen.

Es ist zum ersten Mal in der Geschichte Spaniens, daß ein Parlament im Sommer tagt. Aber der Ministerpräsident Azana will von Ferien nichts wissen. Azana ist ein energischer Mann. Er hat sich in den Kopf gesetzt, sein Programm um jeden Preis so schnell wie möglich durchzuführen und den übernommenen Pflichten mit größter Entschlossenheit nachzukommen. Als der Führer der Radikalen, die sich ja in der Opposition zu der sich auf die Sozialisten stützenden Regierung befinden, Lerroux, kürzlich im Parlament den Rücktritt der Regierung verlangte (was übrigens die Radikalen nicht hinderte, kurz darauf für dieselbe Regierung zu stimmen), hat Azana seinem ehemaligen Ministerkollegen in aller Ruhe geantwortet, daß die Regierung im Amt bleiben werde, solange sie sich auf eine treue Mehrheit stützen könne und bis sie ihre Ziele erreicht habe. Diese Ziele sind das katalanische Statut und die Agrarreform. Das erste wurde den Katalanen laut dem berühmten Pakt in San-Sebastian im August 1930, die zweiten den Sozialisten einige Monate später versprochen, beides Vereinbarungen, die den glücklichen Verlauf des Umsturzes des 14. April 1931 ermöglichten. Azana ist nicht der Mann, der seinen Versprechungen untreu wird und die beschlossenen Vereinbarungen nicht einhält.

Das katalanische Statut soll „ein für allemal" die katalanische Frage lösen. Katalanien soll eine seiner Eigenart entsprechende Verfassung bekommen. Die Autonomistenbestrebungen der katalanischen Nationalisten sollen durch weitestgehende Selbständigkeit innerhalb der spanischen Republik durchkreuzt werden. Die Cortes-Debatte und die Abstimmungen über das Katalanenstatut sind Prüfsteine für die schöpferische Kraft des jungen Staates. Zum Bruch mit Katalonien wird es in Madrid nicht kommen. Die Katalanen bleiben nach wie vor in den Cortes vertreten. Auch behalten sie ihren Mann, Garner, als Finanzminister in der Regierung.

Eine vielleicht noch größere Bedeutung als dem katalanischen Statut kommt der Agrarreform zu. Hier erst wird sich zeigen, ob die spanische Republik imstande ist, die Landbevölkerung endgültig für sich zu gewinnen. Eine notwendige Voraussetzung dazu ist der Wille, mit den Resten des Feudalismus aufzuräumen. Das Schicksal der Agrarreform und somit wohl auch das Schicksal des Kabinetts Azana wird sich in den nächsten Wochen entscheiden. Es wird sich entscheiden auf dem Wege über das Parlament. Auf dem Wege über den Putsch war Azana nicht zu stürzen. Werden die Cortes ihn zum Sturz bringen?

Reform bei der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie

Berlin, 18. Aug. Die Direktion der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie hat beschlossen, **von der 41. Ziehung ab,** d. h. im April 1933, eine **Reform des bisherigen Spielsystems** bei der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie in der Weise durchzuführen, daß die Loszahl, die bisher 800 000 beträgt, auf 500 000 herabgesetzt wird. Die Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie spielt bekanntlich, um überhaupt die Ziehung durchführen zu können, in zwei Abteilungen. Ab April 1933 wird die Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie keine Doppellose führen und **nur in einer Abteilung spielen.** Während der Lospreis unverändert bleiben soll, wird der Gewinnplan entsprechend der Verminderung der Loszahl geändert.

Aus dem Gerichtssaal

Fahrlässige Tötung

Karlsruhe, 18. Aug. Wegen fahrlässiger Tötung erhielt der 28jährige verheiratete Elektromeister K. fünf Monate Gefängnis. Er ist in der Nacht zum 21. Juli in angetrunkenem Zustande bei großer Geschwindigkeit mit einem Motorrad an der Moninger-Ecke auf einen Lastkraftwagen aufgefahren, wobei der auf dem Soziussitz mitfahrende verheiratete Polsterer Schieler so schwer verletzt wurde, daß er noch in der gleichen Nacht starb. — Wegen unerlaubten Waffenbesitzes wurde ein 22jähriger Schneider von hier zu acht Wochen Gefängnis verurteilt.

Zwei Jahre Zuchthaus für einen jungen Kommunisten

Hamburg, 18. Aug. Das Hamburger Amtsgericht verurteilte einen jungen Kommunisten Völzer als Rädelsführer bei einem Aufruhrakt am 9. April d. J. zu **zwei Jahren Zuchthaus.** In der Heidestraße hatte an diesem Tage ein Polizeibeamter die Entfernung eines nationalsozialistischen Transparents überwacht und war von einem Mann aus dem Publikum angegriffen worden. Als der Beamte den Angreifer zu Boden schlug, sprang Völzer hinzu und verletzte den Polizeibeamten durch Schläge über den Kopf und Fußtritte ins Gesicht erheblich.

Der Ohlauer Prozeß — Die Vernehmung der medizinischen Sachverständigen

Brieg, 18. Aug. Die Aussagen der drei **medizinischen Sachverständigen** bildeten den Höhepunkt der Verhandlungen am Donnerstag in Ohlau. Bei den meisten Verletzungen handelt es sich nach den Bekundungen der drei Sachverständigen um Stich- und Schlagwunden. Die Schlagwunden rührten von stumpfen Schlagwerkzeugen her. Fast sämtliche Eingelieferten waren am Kopf verwundet, einige von ihnen wiesen auch Schußverletzungen auf. Am schwersten war der SA.-Mann Marx verwundet. Er hatte vier bis fünf Stiche in die Lunge erhalten und mußte einer Operation unterzogen werden, die auf Leben und Tod ging. Professor Straßmann von der Chirurgischen Universitätsklinik Breslau hat auch die Leichen der beiden Todesopfer seziert. Er erklärte, daß der SA.-Mann **Konitzki** von seinen Gegnern an der Ohlebrücke regelrecht niedergeschlagen worden sei und mittels stumpfer Schlagwerkzeuge einen Schädelbruch und mehrere Armbrüche zugefügt erhalten habe. **Er sei dann bewußtlos, aber noch lebend in die Ohle geworfen worden. Sein Tod sei durch Ertrinken eingetreten.** Der SA.-Mann **Stanietzki** sei durch einen Schuß, der den Kopf durchschlug, getötet worden.

Die Verhandlung wandte sich dann den **Vorgängen an der Ohle-Brücke** zu. Von einem Zeugen wurde behauptet, daß der Angeklagte Manche bereits vor Ausbruch der Schlägerei an der Ohlebrücke gewesen sei, woraus der Zeuge schließen will, daß Manche sich dort als Rädelsführer betätigt habe. Im übrigen unterscheiden sich die Zeugenaussagen über diese Dinge sehr erheblich. Es lassen sich nur schwer gewisse übereinstimmende Bekundungen herausschälen. So ergab sich übrigens, daß an der Ohlebrücke ein völlig Unbeteiligter, der von einem Kriegerfest nach Hause zurückkehrte, ergriffen und niedergeschlagen wurde und beinahe in die Ohle geworfen worden wäre.

Nochmals Prozeß Buttersack

Stuttgart, 18. Aug. Der riesige Erbschaftsprozeß Buttersack-Adolff, der schon seit Jahren die württembergischen Gerichte und auch das Reichsgericht beschäftigt, trat am Donnerstag wieder einmal in Erscheinung, weil der vor einigen Monaten zu zehn Monaten Gefängnis verurteilte Major a. D. Konrad Buttersack und die Staatsanwaltschaft gegen das vom Großen Schöffengericht ergangene Urteil **Berufung eingelegt** haben. Von Buttersack wird das Urteil aber nicht deshalb angefochten, weil er glaubte, für die erhobenen Vorwürfe den Wahrheitsbeweis antreten zu können, sondern nur, weil ihm nach seiner Ansicht Wahrung berechtigter Interessen zugebilligt werden müsse. Der Angeklagte erklärte: „Ich habe heute noch die festenfeste Ueberzeugung, daß meine Frau durch Rechtsanwalt Dr. Pfähler falsch unterrichtet und beraten wurde. Die Drucklegung der Schriften war ein Gedanke Weinbrenners. Ich wollte aber nur eine sachliche Darstellung haben. Da von keiner Seite gegen die ersten Broschüren Stellung genommen wurde, war ich seinerzeit überzeugt, daß an diesen Vorwürfen etwas Wahres sein muß und daß Weinbrennner die Sache doch richtig gemacht habe. Ich kann selbstverständlich nur für das die Verantwortung übernehmen und den Wahrheitsbeweis antreten, was ich selbst erlebt habe und zwar da, wo meine Frau getäuscht und benachteiligt wurde." Nach der sehr kurzen Vernehmung des Angeklagten Buttersack durch den Vorsitzenden Landgerichtsrat Roth, erhielt man gegenüber der ersten Verhandlung einen ganz anderen, viel klareren Eindruck, jedoch nicht zu Ungunsten des Angeklagten, aber nicht, weil die Vorwürfe des Angeklagten auch nur einen Schimmer von Berechtigung gehabt hätten, sondern weil jetzt das Motiv und der eigentliche Ursprung der Schmähungen klar zutage trat. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Rühle, machte darüber weitere eingehende Ausführungen, nach denen der frühere Berater des Ehepaares Buttersack, Rechtsanwalt Pfähler, zu wenig berücksichtigt habe, ob die von ihm empfohlene Ausschlagung der Erbschaft auch so sicher, wie er es dargestellt hatte, später wieder angefochten werden kann. Der Verteidiger bezeichnete dann noch den flüchtigen Weinbrenner als den bösen Geist der Familie Buttersack, der die Tragödie durch sein Dazwischenkommen vollgemacht habe. Das Urteil wird Donnerstag abend verkündet.

---

33. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Aber mein Herr, nachdem Sie alles wissen, der Fall vollkommen geklärt ist, Sie alles erreicht, was Sie erstrebten . . ."

Fränkel wollte hartnäckig widersprechen, da berührte Wolter seinen Arm.

„Ich denke, wir können dem Wunsche nachkommen, besonders wenn wir ein Protokoll aufnehmen und dies im Präsidium vorlegen, damit Lauffenberg in Freiheit gesetzt werden kann. Ich werde mit den Herrschaften das Protokoll abfassen und Sie haben vielleicht die Freundlichkeit, inzwischen vom Revier aus Herrn Regierungsrat Bressel zu verständigen."

„Sie wünschen zu telephonieren, bitte, hier ist das Telephon, bedienen Sie sich!" sagte der Geheimrat eifrig.

„Danke, aber solche Mitteilungen müssen vom Revier aus erfolgen."

„So, das wußte ich nicht."

Fränkel schien das auch zum erstenmale zu hören, denn er erstaunte nicht schlecht.

Wolter ließ ihm aber nicht Zeit zu einer Aeußerung, warf ein paar Zeilen auf einen Zettel und drückte diesen Fränkel in die Hand.

„Ich habe Ihnen das Geheimwort für Bressel aufgeschrieben, ohne das die Verständigung nicht hergestellt wird. Bitte, beeilen Sie sich, Kollege!"

Er schob ihn fast zur Tür hinaus.

„Kommen Sie recht bald zurück, Sie müssen das Protokoll auch noch unterschreiben!"

Fränkel ging sehr unwillig und nur dem überaus starken Drängen Wolters folgend, für das er zunächst keine Erklärung hatte.

Als er auf der Treppe war, besah er sich den Wisch. Darauf stand:

„Haus umstellen, Motorradfahrer beordern, Kriminalbeamte verkleidet auf der Treppe postieren."

Himmlischer Vater! Was war denn nur los? Fränkel konnte sich keinen Vers daraus machen. Das war ja der reine Großalarm. Und weshalb?

Er stürmte davon, beeilte sich so viel er nur konnte, um schnell zu Wolter zurückzukommen, denn die Befürchtung war über ihn gekommen, daß Wolter in seiner Abwesenheit etwas zustoßen könnte, wenn dieser auch auf seiner Hut sein würde.

Fränkels Besorgnis um Wolter erwies sich als überflüssig, denn als er wieder ins Zimmer kam, saß Wolter am Tisch und schrieb eifrig.

„Ah, da sind Sie ja schon wieder! Nun also zur Unterschrift. Darf ich bitten, Herr Geheimrat!"

Die drei Männer unterschrieben. Nun bat man die Gräfin, auch ihren Namen darunterzusetzen. Sie hatte die ganze Zeit, als ob die Verhandlung, die ihr Bräutigam mit den Kommissaren führte, sie gar nichts angehe, mit vergrabenem Gesicht in der Sofaecke gesessen. Ihr Gesicht war tränenüberströmt und sehr bleich. Sie blieb auf ihrem Platz, Wolter reichte ihr das Protokoll und mit zitternder Hand setzte sie ihren Namen darunter.

„Ich möchte Ihnen, meine Herren, nochmals von Herzen danken für das große Entgegenkommen. Vielleicht darf ich Sie noch bitten, Herrn Regierungsrat Bressel, den ich die Ehre habe zu kennen, meine ergebensten Grüße zu übermitteln. In einer Stunde sind wir auf dem Präsidium."

„Ich werde es gern ausrichten," antwortete Wolter.

Nach einer förmlichen Verbeugung zogen sich die Kommissare zurück.

Kaum auf dem Treppenflur, öffnete Fränkel den Mund. Blitzschnell legte Wolter die Hand darauf.

Ein ärmlich gekleideter Mann humpelte die Treppe herauf.

„Verzeihen Sie, meine werten Herren, wenn ich Sie anspreche, ich habe seit einem Jahre keine Arbeit mehr, zu Hause warten Frau und Kind auf mich."

Wolter griff in die Tasche und legte statt eines Geldstückes einen Zettel in die Hand des Mannes, der sich viele Male dankend verbeugte und Gottes Segen auf die gütigen Spender herabflehte.

Achtes Kapitel.

Auf der Straße angelangt, vermochte Fränkel nicht länger zu schweigen.

„Nun sagen Sie mir mal endlich, Wolter, was eigentlich los ist."

„Moment, Fränkel, zuerst wollen wir uns mal den Chauffeur da drüben angeln. — Bayerischer Platz 28! Schnellstens!"

„Zum Donnerwetter, was wollen wir denn am Bayerischen Platz?"

„Einsteigen, Fränkel!"

„Der Teufel soll mich reiten, wenn ich auch nur das mindeste von Ihren Maßnahmen verstehe."

Nun saßen sie im Wagen und der Chauffeur jagte mit ihnen davon.

„Legen Sie doch endlich mit Ihren Geheimnissen los, Wolter! Warum der Alarm, warum die Fahrt?"

„Zunächst mal, Fränkel, glauben Sie ein Wort von dem, was die beiden uns da aufgetischt haben?"

„Was uns die Gräfin erzählte, war glatt gelogen."

„Na, und der Geheimrat?"

Fränkel zögerte.

„Man muß es erst noch nachprüfen, jedenfalls hat er uns die Lösung für das Telephonat gegeben."

Wolter schmunzelte. Fränkel hatte also nichts von dem Spiegelbild gesehen, nun ja, er saß ja auch weniger günstig. Wolter berichtete, was er bemerkt. Das war für Fränkel eine Bombenüberraschung. Jetzt wurde ihm erst klar, warum die Gräfin stets so zögernd mit der Antwort herausgekommen war, nie hatte sie bedenkenlos ihre Erwiderung abgegeben.

„Aber wer war denn nun der Mann im Türspalt? Warum haben Sie denn nicht sofort zugegriffen?"

„Beinahe hätte ich es getan, und damit würde ich alles verdorben haben, denn der Herr Souffleur war . . . der Geheimrat!"

„Was! Und Sie haben ihm nicht die Perücke und den Bart abgerissen!"

„Damit würde ich mich nur der Chance beraubt haben, hinter das Geheimnis zu kommen, das wirklich hinter der Ermordung Wemblins steckt."

(Fortsetzung folgt.)